

«Fusionitis» grassiert im Schweizerland:

„Jede fünfte Gemeinde  
wird verschwinden.“

«Synergien nutzen bedeutet Personal abbauen»,  
sagt der Experte für Gemeindefusionen.\*

\* «Oltner Tagblatt», Nov. 2011

Wollen Sie das?  
Die EU, der Bund und der  
Kanton wollen es!



Fusion Olten Plus:

Was die 4 Gemeindepräsidenten verschweigen:

- Ein staatlich verordnetes EU-Projekt.
- 4 Gemeinden auf dem Weg zur «gelenkten» Demokratie.
- Vorstufe zur Auflösung der Kantone.

**NEIN**



**Gemeindefusionen:**

«Der lange Weg zum Zentralismus»

**Vortrag von Peter With,** Grossstadtrat Luzern,  
Sekretär Verein gegen GrossLuzern

**Mittwoch, 7. März 2012, 19.30 Uhr**  
**im Mühlemattsaal in Trimbach**

Verein «Bürger für Bürger», Postfach 266, 8044 Zürich, 044 350 14 71, [www.freie-meinung.ch](http://www.freie-meinung.ch)

# Gemeindefusionen: ein Blick auf die Hintergründe

Paul Meier, Ernetschwil SG, Kantonsratspräsident 2006/07

Die Gemeindefusionen, die landauf landab angepriesen werden, sind zu einer Kampagne herangewachsen. Die Befürworter propagieren dies immer nur als Einzelvorgang und verschweigen, dass ein System dahinter steckt. Jede Gemeindefusion ist Teil einer Strategie, nämlich den Umbau unserer Staatsstruktur voranzutreiben und so unser Land EU-tauglich zu machen.

Der Bundesrat weiss natürlich, dass unsere feinmaschigen, föderalistischen Strukturen in Gemeinden und Kantonen, zusammen mit den entsprechenden Volksrechten, mit der EU-Diktatur nicht vereinbar sind. Er liess daher von Professoren verschiedener Universitäten ein System erarbeiten, wie unser Land und seine politischen Institutionen so umgebaut werden können, dass das Argument der Unvereinbarkeit mit der EU dahinfalle. Und der Bundesrat hat willige Helfer gefunden, zum Beispiel:

**Avenir Suisse**, die Speerspitze für den Umbau unseres Landes durch wirtschaftlichen Druck. Diese Organisation, finanziert durch die Hochfinanz und die Grossindustrie, propagiert die systematische Zerstörung der Gemeinden durch Fusionen, die Schaffung neuer Grossgebilde (Metropolitanräume), die Zerstörung der Kantone, da die Kantonsgrenzen die Schaffung von neuen Grossräumen behindern. Um das am Volk vorbei zu realisieren, wurden Vereine geschaffen, z.B. Verein «Regio Basiliensis», welchem der Kanton Solothurn seit 2003 ebenfalls angehört. Diese Vereine, die nur Exekutivmitglieder (Regierungsräte, Gemeindepräsidenten) aufnehmen, eignen sich Rechte an, die ihnen nicht zustehen. Diese Exekutivmitglieder finanzieren die Vereine mit Steuergeldern, die sie in den Kantons- und Gemeindefusionen so verstecken, dass sie von den Rechnungsprüfern nicht erkannt werden. Bürgerinnen und Bürger zahlen daher ohne ihr Wissen und Wollen an den Umbau unserer Staatsstrukturen.

**Politikinststitute der Universitäten:** Dass den Veränderungen der räumlichen Strukturen natürlich auch die politisch-demokratischen Strukturen angepasst werden müssen, ist dem Bundesrat klar. Er beauftragte dafür Politikinststitute von Universitäten, welche die wissenschaftlichen Grundlagen für eine tiefgreifende Veränderung der demokratischen Volksrechte liefern sollen. Die Resultate sind erschreckend: So erklärte Prof. Dr. Daniel Kübler von der Universität Zürich an einer Tagung der Schweiz. Gesellschaft für Parlamentsfragen: «Die kantonalen Parlamente werden in Zukunft nur noch konsultativorgane der Regierung sein, und die Bürgerversammlungen werden ebenso nur noch konsultativen Charakter haben. Dies sei notwendig, da die heutigen Befugnisse dieser

Gremien eine Behinderung der Tätigkeit der Exekutive darstellen!!!». Diese neue Lehrmeinung der Wissenschaftler deckt sich genau mit der täglich gehandhabten Arbeitsweise der EU-Diktatoren. Aber sie nennen sich immer noch Demokraten!

Genau so verhalten sich die **Rechtswissenschaftler**. Eng verbandelt mit den Kollegen der Politikinststitute, fordern sie eine Übernahme des EU-Rechts für unser Land. Das sei notwendig, da der heutige Zustand für die Betriebe, welche mit dem Ausland Handel treiben, eine Rechtsunsicherheit darstelle. Wir sollen also unseren eigenen Rechtsstaat den EU-Diktatoren unterstellen.

## Die Gemeinde: Grundlage unseres Staates

Unser föderalistischer Staatsaufbau gründet auf den Gemeinden. Sie sind historisch gewachsen aus den Bürger- und Dorfgenossenschaften. Dabei fanden sich immer Dorfbewohner zusammen, um Gemeinschaftsaufgaben gemeinsam kostengünstig zu erfüllen. Die Pflege des Waldes, die Sorge um das Trinkwasser, der Bau von Wegen und Strassen konnte nur durch Zusammenarbeit in der Dorfbevölkerung geschaffen werden. Daraus ergab sich auch die Selbstverwaltung. Die Bürger gaben sich Regeln, die für Recht, Ordnung und Überwachung der Kosten im Dorf sorgten. Diese Selbstverwaltung war einfach, kostengünstig und von allen Dorfbewohnern mitgetragen.

So entwickelten sich die Dörfer zu den heutigen Gemeinden. Auch nach der Gründung der Kantone und des Bundes, als übergeordnete Instanzen, blieben die Gemeinden als selbständige Körperschaften bestehen und bilden auch heute noch die Grundlage für eine gute Entwicklung in Freiheit und Selbstverantwortung. Es ist heute eine besondere Herausforderung, den Willen zur Selbstverwaltung zu haben und auch zu leben. Der Wohlstand hat seine Spuren hinterlassen. Es wird ja alles auf den Tisch serviert, was soll ich mich da noch um die Öffentlichkeit kümmern. Wir zahlen ja die Steuern, dann darf man auch etwas erwarten. Hauptsache ist, mir geht es gut. Der Niedergang der Gemeinden hat begonnen.

### **Wer nicht mitbestimmt, über den wird bestimmt.**

Neue Töne sind heute zu hören. Wir seien viel zu kleinkariert organisiert. Wir müssten in grösseren Dimensionen denken. Unser Land sei ein globales Dorf geworden. Die notwendigen überregionalen Planungen stossen immer

Am schlimmsten aber wüten die **Bundesämter**. Ausgestattet mit unerschöpflichen Geldquellen des Bundes, wird an einem neuen Raumkonzept Schweiz gearbeitet, welches die völlige Zerstörung unseres föderalistischen Staatsgebildes zum Ziele hat. Ja, es wurde sogar ein Leitfaden erarbeitet, wie diese staatsgefährdenden Arbeiten am Volk vorbei vorgenommen werden sollen.

**Es ist höchste Zeit, dass das Volk über diese hinterhältigen Machenschaften aufgeklärt wird. Die weitreichenden Zusammenhänge muss man verstehen, um den Ernst der Lage zu erfassen.**

an Gemeindegrenzen. Das behindere die Arbeit der Gemeinderäte, und vor allem der Gemeindepräsidenten. Die Gemeindeautonomie sei überholt, da mit den heutigen technischen Möglichkeiten alles besser zentral gesteuert werden könne. Das Volk brauche Führungsorgane, da die komplexen Probleme nur durch professionelle Fachkräfte effizient gelöst werden könnten. Die Aufsicht und das Mitdenken der Bürgerinnen und Bürger ist nicht mehr erwünscht. Ja sogar das Mitbestimmen wird in Frage gestellt. Die Bürgerversammlungen sollen nur noch konsultativorgane der Gemeindebehörde sein. Das Bürgerforum soll in Mode kommen. Der Gemeindepräsident informiert nur noch. Ein allgemeines Palaver ist noch erlaubt, zu beschliessen gibt es nichts mehr. Das erledigt der Gemeinderat.

### **Zu viele Gemeinden?**

Der Drang zur Grösse ist ein alt bekanntes Unwesen in der Geschichte. Kriege wurden dafür geführt, Millionen von Menschenleben geopfert. Ganze Völker sind ihren Führern nachgelaufen und haben den Wahn dann mit dem Leben bezahlt. Heute ist es vor allem wirtschaftlicher Wahn, der zu Grösse drängt und immer wieder seine Opfer fordert. Prominenteste Opfer sind die Gemeinden. Nur noch grosse Gemeinden seien stark genug, um die heutigen Probleme zu lösen. Darum seien Gemeindefusionen dringend notwendig, wird behauptet, ohne auf den Verlust unserer Selbstständigkeit hinzuweisen.

Der Verein «Bürger für Bürger» verurteilt und bekämpft diese fatale Entwicklung. Wir werden Bürgerinnen und Bürger über die wahren Gründe und Absichten von Fusionen aufklären.

# Gemeindefusionen: Fakten gegen Scheinargumente

Peter With, Grossstadtrat Luzern, Sekretär Verein gegen GrossLuzern, Reussbühl

Vor ein paar Jahren lagen Firmenfusionen in der Privatwirtschaft voll im Trend. Durch die Zusammenlegung von ehemaligen Konkurrenten versprach man sich Synergien und mehr Gewinn durch weniger Wettbewerb. Die Realität ist aber eine andere: Je nach Wirtschaftszweig sind 60 % – 80 % aller Fusionen ein Misserfolg, und bei 20 % ist die Kundenloyalität stark gesunken. Heute sind Firmenfusionen eine seltene Erscheinung.

Diese Trendumkehr ist bei den Gemeindefusionen nicht zu spüren, im Gegenteil. Jede fünfte Gemeinde diskutiert heute über eine Fusion, die Zahl der eigenständigen Gemeinden soll nach dem Verlust von 500 Gemeinden innert 20 Jahren schnell weiter sinken. Dabei argumentieren die Studienverfasser, Gemeindevertreter und Fusionsturbos mit ähnlich einleuchtenden Gründen wie früher die Privatwirtschaft – aber leider auch mit den gleich falschen.

## Der Mythos von der Raumplanung

**Der Fusionsgrund:** *Die Ortsplanung hört an der Gemeindegrenze auf. Man stelle sich doch nur mal vor, eine Gemeinde plant an einer Grenze eine Villenzone und die Nachbargemeinde will genau daneben eine Industriezone einrichten. Oder man will eine neue Strasse bauen, und stösst bei allen betroffenen Gemeinden auf massiven Widerstand. Durch eine Gemeindefusion würde sich dieses Problem einfach lösen, die Gemeinde könnte über das gesamte Gebiet planen.*

So einleuchtend diese Argumente auf den ersten Blick erscheinen, so falsch sind sie leider auch. Zwei Fakten sind mathematisch unwiderlegbar: Erstens stösst man auch nach einer Fusion zwangsläufig wieder an eine Gemeindegrenze. Und zweitens wird mit einer Gemeindefusion die Gemeindegrenze immer länger, sie steigt sogar

um ein Vielfaches. Und damit steigt auch die Anzahl der angrenzenden Gemeinden.

Dass sich innerhalb einer fusionierten Gemeinde bei der Planung von Bauprojekten weniger Widerstand bilden kann, liegt auf der Hand. Der Grund ist aber alles andere als bürgerfreundlich: Da nur ein kleiner Teil der neuen Gemeinde betroffen ist, wird dieser schlicht überstimmt. Hatte man als eigenständige Gemeinde noch die Möglichkeit, sich gegen unerwünschte Pläne zur Wehr zu setzen und mussten die Planer in langen Gesprächen eine für alle optimale Lösung suchen, kann nun die Verwaltung am Reissbrett planen und auf die Mehrheit der Bürger zählen.

Die Stadt Basel zeigt, dass auch grenzübergreifend eine Planung möglich ist. So kann man in Basel eine S-Bahn-Karte lösen, und mit dem gemeinsamen Verkehrsverbund direkt nach Deutschland oder Frankreich fahren: Drei Länder, zwei Währungen, EU- und Nicht-EU-Raum – kein Problem. Und bei den Gemeindegrenzen soll das plötzlich nicht mehr funktionieren?

## Das Märchen von den Verwaltungskosten

**Der Fusionsgrund:** *Durch eine grössere Verwaltung wird diese effizienter und kostengünstiger. Schon nur der Wegfall von fünf teuren Gemeinderäten spart viel Geld.*

Wenn die Effizienz mit der Grösse steigen würde, dann wären die Verwaltungen in Bern und Zürich die effizientesten der Schweiz. Dem ist aber nicht so. Bei einer Studie im Kanton Graubünden wollte man die optimale Gemeindegrösse finden. Man verglich die Pro-Kopf-Ausgaben der Verwaltung und stellte Erstaunliches fest: Bei bis zu 2'000 Einwohnern ist die Streuung der Kosten sehr hoch – von sehr teuer bis sehr günstig. Al-

lerdings liegen bereits hier die meisten unter dem kantonalen Mittel. Anders die grosse Stadt Chur: Dort ist die Verwaltung teurer als in den meisten anderen Gemeinden! Die Studienverfasser hielten fest, dass die optimale Grösse in Bezug auf die Verwaltungskosten ab ca. 5'500 Einwohnern sei, bei ländlichen Gemeinden allerdings sei diese Schwelle bereits bei 1'200 erreicht! Und auch das Argument mit den wegfallenden Gemeinderäten ist schnell entlarvt: Diese leisten ja eine erhebliche produktive Arbeit innerhalb der Verwaltung. Durch deren Wegfall können ja die verbleibenden Gemeinderäte kaum ihre Arbeitszeit verdoppeln. Es fällt dann halt mehr Arbeit auf die Verwaltung zurück. Während Gemeinderäte oft freiwillig über ihr Pensum arbeiten, kassieren Verwaltungssangestellte happige Überzeitzuschüsse, Wochenend- und Nachtzuschläge.

## Demokratie gegen Stimmkraftverlust

**Der Fusionsgrund:** *Durch eine Fusion kann man über ein viel grösseres Gebiet mitbestimmen und sein Umfeld mitgestalten – ein massiver Demokratiegewinn!*

Das kommt ganz darauf an, was man unter Demokratiegewinn versteht: Will man überall mitreden und nichts zu sagen haben, oder will man auch mitbestimmen können? Eines ist klar: Bei jeder Fusion tritt ein Stimmkraftverlust ein, je grösser der Unterschied der Einwohnerzahl, desto grösser der Verlust. Das kleine Hauenstein mit 310 Einwohnern hätte in der fusionierten Stadt Olten nur noch einen achtzigstel seiner Stimmkraft! Alle dürfen mitreden, aber der Grosse bestimmt. Nur Zentralisten würden das als Demokratiegewinn bezeichnen!

## Kurzfristig tiefere Steuern

**Der Fusionsgrund:** *Durch die Fusion erhält die neue Gemeinde Geld vom Kanton und kann so die Steuern senken.*

Wenn eine finanzstarke und eine finanzschwache Gemeinde fusionieren, dann wird die stärkere immer geschwächt, niemals gestärkt. Durch die Kantonsbeiträge lassen sich die Steuern zwar für ein paar Jahre senken. Allerdings ändern sich dadurch die strukturellen Probleme der schwächeren Gemeinde kaum. Längerfristig bleibt es eine Moggelpackung, weil irgendwann das Kantonszuckerli aufgebraucht ist und die Steuern erhöht werden müssen. Wollte der Kanton wirklich die Gemeinden unterstützen, dann würde er nicht nur fusionswilligen Gemeinden Geld schenken, sondern auch eigenständigen Gemeinden unter die Arme greifen. Dies wäre sogar billiger: Es würden nur die Gemeinden Geld erhalten die wirklich darauf angewiesen sind und die Kosten für Studien, Gutachten und die Fusion würden entfallen.

\* Fusion Olten Plus:

# NEIN

## Die Neuordnung der Schweiz



Unter dem vielsagenden Titel «Die Neuordnung der Schweiz» führt Avenir Suisse zusammen mit andern „Think Tanks“ Tagungen durch, welche sich mit sogenannten Gebietsreformen beschäftigen und der Frage nachgehen, weshalb sich in den letzten 150 Jahren die Zahl der Gemeinden nur «geringfügig» verringert hätte und Kantonsfusionen bisher gescheitert seien, bzw. unter welchen Bedingungen es künftig derartige Zusammenschlüsse geben könnte.

Im Kanton Bern wurde darüber debattiert, ob Gemeindefusionen nicht auch zwangsweise durchgeführt werden könnten. In jüngerer Zeit sind Zwangsfusionen dann tatsächlich auch durchgedrückt worden, nachdem das Bundesgericht klargestellt hat, dass die Bundesverfassung unsere Gemeinden nicht in ihrem Bestand schützt.

Ist das Verschwinden von über 450 Gemeinden in den letzten zehn Jahren, also von fast einem Sechstel aller Gemeinden, nur «geringfügig», wie von Avenir Suisse beschönigend dargestellt? Ist das Erforschen einer Beschleunigung und Erleichterung von Fusionen tatsächlich eine staatstragende Leistung – oder nicht viel eher Verrat am Vaterland, an der Direkten Demokratie und an unserer Souveränität?

Wenn es in der Schweiz tatsächlich, wie in geschwollenem Ton behauptet wird, ein wachsendes Spannungsverhältnis zwischen funktionalen Räumen und administrativen Grenzen gibt, warum wird dann nicht erforscht, wie dieses Spannungsverhältnis abgebaut und die

Freude der Bürgerinnen und Bürger am kooperativen Mitten in der Gemeinde wieder geweckt werden kann?

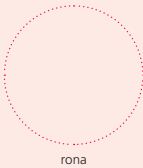
Der föderalistische Staatsaufbau gründet auf Gemeinden, die aus Bürger- und Allmendgenossenschaften gewachsen sind, in welchen sich die Bewohner zusammenfinden, um ihre Aufgaben gemeinsam zu erfüllen. Dieser Gedanke ist derart erfrischend, dass er von den Bemühungen um Macht und Zentralismus nicht überlagert und noch viel weniger beiseite gedrückt werden darf. Rufen wir uns also in Erinnerung, woraus wir unsere Würde, Freiheit und Freude am Leben schöpfen, dann werden wir auch Mittel und Wege für lebendige Mitarbeit in den Gemeinden finden.

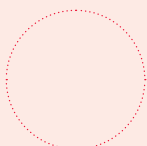


VEREIN BÜRGER FÜR BÜRGER

Dr. Markus Erb, Präsident

## Wir danken Ihnen für Ihre Spende!

Empfangsschein / Récépissé / Ricevuta	+ Einzahlung Giro +	+ Versement Virement +	+ Versamento Girata +
Einzahlung für / Versement pour / Versamento per	Einzahlung für / Versement pour / Versamento per	Zahlungszweck / Motif versement / Motivo versamento	
Verein Bürger für Bürger Postfach 266 8044 Zürich	Verein Bürger für Bürger Postfach 266 8044 Zürich	<input type="checkbox"/> Spende <input type="checkbox"/> SFr. 80.– Mitgliederbeitrag «Fusionen»	 rona
Konto / Compte / Conto 87-133198-2 CHF	Konto / Compte / Conto 87-133198-2 CHF	Einbezahlt von / Versé par / Versato da	
<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>	<hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/>	
	105		



Die Annahmestelle  
L'office de dépôt  
L'ufficio d'accettazione

871331982 >

871331982 >